Politik

Michael Pietsch

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland unter verstärktem Krisendruck - Kosovo, Internationaler Terrorismus, Irak-Krieg (1999-2003)

Diplomarbeit

GRIN

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT

- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit

- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops

- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen und kostenlos publizieren

GRIN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de/ abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2004 GRIN Verlag
ISBN: 9783640133574

Dieses Buch bei GRIN:

https://www.grin.com/document/113550

Michael Pietsch

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland unter verstärktem Krisendruck - Kosovo, Internationaler Terrorismus, Irak-Krieg (1999-2003)

GRIN Verlag

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

http://www.grin.com/

http://www.facebook.com/grincom

http://www.twitter.com/grin_com

HELMUT SCHMIDT UNIVERSITÄT
Universität der Bundeswehr Hamburg

Michael Pietsch

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland unter verstärktem Krisendruck: Kosovo, Internationaler Terrorismus, Irak-Krieg (1999-2003)

Diplomarbeit Politikwissenschaft · Hamburg 2004

Michael Pietsch, Politikwissenschaft 2001

Diplomarbeit zur Erlangung des Grades eines Diplom-Politologen am Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften der Helmut Schmidt Universität – Universität der Bundeswehr Hamburg.
Titel: *Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland unter verstärktem Krisendruck: Kosovo, Internationaler Terrorismus, Irak-Krieg (1999-2003)*

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung und Fragestellung 6

2 Die Beziehungen zwischen der EU und Russland: »Komplexer Bilateralismus« 8

2.1 Wegmarken der Entwicklung der EU-Russland Beziehungen 8

2.2 Die EU und Russland – Zwei Akteure im Transformationsprozess 15

2.2.1 Die EU auf dem Weg zum eigenständigen außenpolitischen Akteur? 16
2.2.2 Russland - Gefangen zwischen außenpolitischen Gestaltungsansprüchen einer Großmacht und innenpolitischem Modernisierungsdefizit? 22

2.3 Chancen und Risiken in den EU-Russland Beziehungen: Ausbau zur strategischen Partnerschaft oder Entfremdung? 29

2.3.1 Strukturelle Merkmale 29
2.3.2 Sicherheitspolitik 30
2.3.3 Wirtschaftspolitik 36
2.3.4 Modernisierung ohne Demokratisierung? – Die Frage nach den gemeinsamen Werten Russlands und der EU 39

2.4 Zwischenfazit: »Der Komplexe Bilateralismus« als Hintergrundfolie für die Konfliktperioden Kosovo – 9/11 – Irak 43

3 Erklärungsansätze aus der Theorie der Internationalen Beziehungen 45

3.1 Realistische und Neorealistische Erklärungsversuche 46

3.2 Interdependenz und Neoinstitutionalismus 48

3.3 Konstruktivismus 50

3.4 Schlussfolgerungen für die Fragestellung 52

4 Die Beziehungen zwischen der EU und Russland unter Druck 53

4.1 Der Krieg im Kosovo 54

4.1.1 Ereignischronologie und Eingrenzung des Betrachtungszeitraums 54
4.1.2 Unmittelbare Folgen 58

4.1.2.1 »Die Gemeinsame Strategie der EU für Russland« und die »Mittelfristige Strategie Russlands für die EU« 58
4.1.2.2 Das »Nationale Sicherheitskonzept« und die »Nationale Militärdoktrin« Russlands 63
4.1.2.3 Das »außenpolitische Konzept« Russlands 65
4.1.2.4 Die russische Antwort auf die NATO-Intervention im Kosovo: Tschetschenien und die Reaktion der EU 67
4.1.2.5 Zusammenfassung: Strategische Neuausrichtung der Beziehungen? 68

4.1.3 Mittel- bis langfristige Konsequenzen - Kosovo im Kontext 70

4.1.3.1 Russland und der Kosovo – letztes Aufbäumen einer untergegangenen Großmacht? 70
4.1.3.2 Kosovo: Die »Geburtsstunde« der EU als sicherheitspolitischer Akteur und die Folgen für den »Komplexen Bilateralismus« 73
4.1.3.3 Zwischenbilanz I: Neue Klarheit und alte Probleme 78

4.2 Der 11. September 2001 82

4.2.1 Ereignischronologie und Eingrenzung des Betrachtungszeitraums 82
4.2.2 Unmittelbare Folgen 86

4.2.3 Mittel- bis langfristige Konsequenzen – 9/11 im Kontext 94

4.2.3.1 Russlands Beitritt zur Antiterrorkoalition – Neue Strategie? 94
4.2.3.2 Die EU und Russland nach 9/11: Neue Chancen für die strategische Partnerschaft? 97
4.2.3.3 Zwischenbilanz II: Ein Jahr nach 9/11 102

4.3 Irak-Krieg 104

4.3.1 Ereignischronologie und Eingrenzung des Betrachtungszeitraums 104
4.3.2 Unmittelbare Folgen 110
4.3.3 Mittel- bis langfristige Konsequenzen - Irak im Kontext 115

4.3.3.1 Zerbricht Putins Strategie am Riss im transatlantischen Bündnis? 115
4.3.3.2 Die »Achse« Paris-Berlin-Moskau: Sprungbrett zur strategischen Partnerschaft EU-Russland? 118
4.3.3.3 Alternative Entwicklungen für den »komplexen Bilateralismus« nach Irak 121

4.4 Zusammenfassung: Kosovo – 9/11 – Irak 125

5 Der »Komplexe Bilateralismus« – Ein schwieriger Kooperationsauftrag 133

6 Abkürzungen 137

7 Bibliographie und Quellenangaben 138

1 Einleitung und Fragestellung

Während des Kalten Krieges standen die Beziehungen EU- bzw. EG-Europas zu Russland im Schatten der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion, die innerhalb ihrer jeweiligen Einflusssphäre die außenpolitischen Agenden der europäischen Staaten diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs dominierten. „During the Cold War, there was no EU-Soviet relationship per se."[1] Die EG wurde in Moskau nicht als eigenständiger Akteur im internationalen System wahrgenommen, sondern mehr oder weniger als wirtschaftlicher Ableger des Antisowjetischen Blocks.[2] Mit dem Ende des Systemkonfliktes, dem Zerfall der Sowjetunion und der Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses aus dem 1992 in Maastricht die EU hervorging, wurden innerhalb weniger Jahre die Voraussetzungen für ein neues Kapitel in den europäisch-russischen Beziehungen geschaffen.

Zu analytischen Zwecken wurde die Entwicklung der Beziehungen in drei größere Phasen eingeteilt. Die erste Phase reicht vom Ende des Ost-West Konfliktes bis zum Beginn des Kosovo-Krieges. Daran schließt die zweite Phase bis zur EU-Osterweiterung im Mai 2004 an, die somit also den Schwerpunkt der Arbeit bildet. Diese zweite Phase wird dann in Kapitel 4 noch einmal in drei Einzelabschnitte untergliedert: die »Kosovo-Phase«, die »9/11-Phase« und die »Irak-Phase«. Die Beschäftigung mit dem letzten Kapitel der Beziehungen, das mit der EU-Osterweiterung aufgeschlagen wurde, bleibt weiteren Arbeiten vorbehalten.

Es sollte aber auch nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Gründungsakt der EU noch mehrere Jahre dauern, bevor eine gewisse Dynamik und sichtbare Fortschritte in diesen Beziehungen zu verzeichnen waren. Abzulesen ist dies an den erreichten Wegmarken in Form bedeutender Erklärungen und wichtiger bilateraler Verträge bis 1999 (Kap. 2.1). Das Studium dieser »ersten Phase« verdeutlicht, dass sowohl die EU als auch Russland in diesen Jahren in erster Linie mit sich selbst und ihren internen Entwicklungsprozessen beschäftigt waren. Diese Prozesse sind bei weitem noch nicht abgeschlossen und werden auch in Zukunft noch einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklungen zwischen der EU und Russland ausüben (Kap. 2.2).

Obwohl die EU-Russland Beziehungen im Vergleich zu den transatlantischen oder mediterranen Beziehungen immer noch als „Stiefkind" der Politikwissenschaft bezeichnet werden können[3], weicht die teilweise sorglose Beschäftigung[4] mit der Materie zunehmend einer intensiveren Analyse der beziehungsimmanenten Chancen und Risi-

---

[1] Haukkala 2003: S. 10.
[2] Vgl. Pinder/Shishkov 2002: S. 71; vgl. auch Gowan 2000: S. 68; Schulze 2001: S. 441f.
[3] Vgl. Toft 2004: S. 5.
[4] Eine Erklärung für die Vernachlässigung der EU im Kontext der Analyse russischer Außenpolitik liegt sicherlich in dem immer noch naszierendem Zustand der GASP/ESVP. Mit welcher Selbstverständlichkeit aber in manchen Analysen die Veränderungen, die sich insb. seit 1999 auf diesem Feld ergeben haben, als »unproblematisch« abgetan werden, überrascht: „Although Russia's reactions remain ambivalent to the EU's new defense ambitions, it is unlikely that its position will pose serious difficulties in the EU's overall strategy to integrate Russia into Europe." (Van Ham 2000: S. 3).

ken, die, wie beide Seiten übereinstimmend betonen, zunehmend an Bedeutung gewinnen. Unabhängig von aktuellen Entwicklungen und Trends lassen sich einige grundsätzliche Bedingungen, Zusammenhänge und Prozesse in diesen Beziehungen ausmachen, die sowohl die Möglichkeit für eine »strategische Partnerschaft« zwischen der EU und Russland, als auch das Risiko einer Entfremdung voneinander beinhalten (Kap. 2.3).

Diese Arbeit geht von der Annahme aus, dass gravierende Veränderungen im internationalen System, wie sie durch den Kosovo-Krieg, den 11. September und den Irak-Krieg hervorgerufen oder zumindest beschleunigt wurden, die betroffenen Akteure des internationalen Systems einem verstärkten Handlungsdruck aussetzten, der sie gleichsam dazu zwang, die grundlegenden Elemente ihrer Außenpolitik zu überprüfen und ggf. zu verändern (Kap. 3). Es wird ferner angenommen, dass die benannten Krisen einen nachweisbaren Einfluss auf die Beantwortung der Frage nach der postsowjetischen Identität Russlands – *europäisch, eurasisch, slawisch, sui generis?* – hatten, die ihrerseits die Beziehungen Russlands zum Westen allgemein und zur EU im Besondern bestimmt.[5] Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit liegt daher in der Identifizierung von Veränderungen in den EU-Russland Beziehungen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die genannten Krisen und Konflikte zurückzuführen sind, sowie auf der Interpretation derselben im Zusammenhang mit den grundlegenden Strukturmustern der Beziehungen (Kap. 4). Da es sich um Krisen mit vorrangig militär- und sicherheitspolitischen Bezügen handelt, liegt der Focus auf der Zusammenarbeit beider Parteien in diesem Politikfeld.

[5] Die Beantwortung dieser Frage steht und fällt natürlich mit der Gewichtung einer ganzen Reihe von Kriterien (Geographie, Bevölkerungsverteilung, Kultur, Geschichte, Werte…usw.). Gelangt man zu einer pro-europäischen Antwort bleibt immer noch die Ergänzungsfrage, ob die Zugehörigkeit Russlands zu Europa als Tatsache oder als zu verwirklichendes Ideal zu verstehen ist (vgl. Ignatow 2000: S. 32). Auch die Beantwortung dieser Frage ist dann kriterienabhängig, wobei aber einige ob ihres unveränderlichen Charakters (z.B. Geographie) aus der Analyse ausgeklammert werden können, andere wiederum (Kultur, Werte, Politik) an Bedeutung gewinnen.

2 Die Beziehungen zwischen der EU und Russland: »Komplexer Bilateralismus«[6]

2.1 Wegmarken der Entwicklung der EU-Russland Beziehungen

Dieses Kapitel dient der Darstellung der wichtigsten Entwicklungen und Ereignisse vom Ende des Systemkonfliktes bis zu dem in Kap. 4.3.1 definierten Ende der »Irak-Phase«. Ab dem Kosovo-Krieg beschränke ich mich hierbei auf die grundlegenden Prozesse, die mit den ausgewählten Krisen zwar in keinem direkten Zusammenhang zu stehen, die aber in ihrer Gesamtheit als »Leinwand« dienen, vor deren Hintergrund die Ereignisse und Entwicklungen im Kosovo, nach 9/11, und im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg erst interpretierbar werden.

Es stellt sich die Frage, warum es vom Zusammenbruch der Sowjetunion (1991) und dem Gründungsakt der EU (1992) noch weitere drei bzw. zwei Jahre dauerte, bis mit der Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) die bilateralen Beziehungen auf eine solide Grundlage gestellt wurden. Mit Blick auf Russland lassen sich mehrere mögliche Gründe für die mangelnde Wahrnehmung der EU bis 1994 anführen, die hier allein schon deshalb Erwähnung finden sollen, weil ihre Relevanz teilweise ungebrochen bis in die Gegenwart anhält. Russlands außenpolitische Eliten neigten zumindest bis 1999 dazu, die eigenen Erfahrungen mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) analog auf die EG/EU zu übertragen, was automatisch zu einer Reduzierung ihres Profils als Akteur führte.[7] In der Tradition einer ehemaligen Supermacht dominierten zudem insbesondere in den ersten Jahren politische und militärische Kategorien die russische Außenpolitik.[8] Auf dem Feld der *high politics* hatte und hat die EU seit ihrer Gründung aber bestenfalls ein »unscharfes« Profil. Vielmehr standen die USA, obwohl sich Russland längst nicht mehr mit ihr vergleichen konnte, im Zentrum aller russischen Überlegungen. Insofern handelte es sich um „konzeptionelle Überbleibsel des bipolaren Blockdenkens."[9] Die Integrationsdynamik der EU hingegen, insbesondere auch die Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurde und wird z.T. bis heute in Moskau oft unterschätzt, zu Gunsten des Erhaltes und Ausbaus traditioneller bilateraler Beziehungen zu den Mitgliedstaaten.[10] Was die EU betrifft, so verlangte die eigene Integrations- und Erweiterungsdynamik eine Konzentration der Gemeinschaft auf ihre internen Prozesse, wie die zunehmende Dichte der Konferenzen des ER dies dokumentiert.[11] Die Fortent-

---

[6] Der Terminus »Komplexer Bilateralismus« geht zurück auf Manfred Knapp, dem ich an dieser Stelle für seine Anregungen und kritische Begleitung bei dieser Arbeit danke.
[7] Vgl. Timmermann 2000b: S. 14.
[8] Barysch 2003, S. 2: „ (…) Russia prioritizes geostrategic and military issues rather than economics, as would any country that sits on the world's second largest nuclear arsenal but ranks only 16th on the list of the world's top economies. The EU – often described as an economic giant but a political dwarf – is the exact reverse."
[9] Schulze 2001: S. 449.
[10] Vgl. Gower 2000: S. 66.
[11] ER von Maastricht 1992; Beitrittsverhandlungen mit Finnland, Österreich und Schweden 1993-1994; ER von Amsterdam 1997.

wicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) zu einer *Gemeinsamen* Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die diesem Namen auch qualitativ gerecht würde, blieb auch nach der Vertragsrevision von Amsterdam dagegen unvollendet. Sofern die EU überhaupt als außenpolitischer Akteur in Erscheinung trat, galt ihre Aufmerksamkeit in erster Linie ihren unmittelbaren Nachbarn, wie der 1995 institutionalisierte »Barcelona-Prozess« am Beispiel der Mittelmeerpolitik der EU zeigt.

Das erste bedeutende Signal für eine qualitative Veränderung in den wechselseitigen Perzeptionen der EU und Russlands stellt das PKA dar, das beide Seiten am 24. Juni 1994 auf dem ER von Korfu unterzeichneten. Dieses Abkommen markiert den eigentlichen Beginn der bilateralen Partnerschaft, in der sich beide Vertragsparteien als selbständige Akteure wahrnehmen[12], auch wenn sich diese Wahrnehmung zunächst fast ausschließlich auf die wirtschaftspolitische Dimension beschränkte. Aufgrund seiner ungebrochen integrativen Bedeutung für das Beziehungsgeflecht EU-Russland sollen im Folgenden die wesentlichen Charakteristika, Chancen und Defizite des Abkommens kurz erläutert werden. Das herausragende Merkmal des PKA ist sicherlich seine eindimensionale Konzentration auf den Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.[13] Der technische Charakter und die Konzentration auf gemeinsame wirtschaftliche Ziele erklären sich dabei erstens zu einem wesentlichen Teil durch das bis 1999 schlicht kaum vorhandene außenpolitische Profil der Union in anderen Politikbereichen.[14] An eine Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich war 1994 erst recht noch nicht zu denken, denn das Projekt einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar.[15] Beide Parteien gaben immerhin die vage Bekundung ab, den politischen Dialog zu vertiefen, mit dem Ziel, ihre Positionen einander anzunähern.[16] Was in den meisten Auseinandersetzungen mit dem PKA oft unerwähnt bleibt, ist die Tatsache, dass das Dokument die Zusammenarbeit durchaus auch politisch konditioniert[17]:

> „The Parties shall take any general or specific measures required to fulfil their obligations under the Agreement. They shall see to it that the objectives set out in the Agreement are attained. If either Party considers that the other Party has failed to fulfil an obligation under the Agreement, it may take appropriate measures."[18]

---

[12] Vgl. Schulze 2001: S. 442.
[13] Vgl. Lynch 2003aa: S. 55; Shishkov sieht darin die "optimal form of co-operation between the parties" (Pinder/Shishkov 2002: S. 73).
[14] Vgl. Gower 2000: S. 79.
[15] Vgl. Forsbeg 2002: S. 89.
[16] Vgl. Timmermann 2000a: S. 204. Timmermann folgert aus diesem zaghaften Bekenntnis, dass „Rußland die EU grundsätzlich als gleichberechtigten, wenn auch nicht gleichgewichtigen globalen Akteur anerkannt" hat. Diese feine Unterscheidung hat sich m.E. in der Praxis als nicht brauchbar erwiesen. Wie die Entwicklungen seit Inkrafttreten des PKA gezeigt haben, hat Russland die EU als außen- und sicherheitspolitischen Akteur vor allem an ihrer Gestaltungsfähigkeit und weniger an dem ihr aus Verträgen und Vereinbarungen erwachsenen Status beurteilt. Auch Schulze warnt davor, eine neue außenpolitische Strategie Russlands in das PKA hinein zu interpretieren: „Eher scheint es sich um ein normatives und zugleich politisch-taktisches Dokument zu handeln (…). Auf beiden Seiten fehlten schlechthin die Kräfte, um die darin angesprochenen Ziele der politischen und wirtschaftlichen Kooperation umzusetzen." (Schulze 2001: S. 443).
[17] Vgl. Gower 2000: S. 74; Czempiel 2002: S. 105; Jünemann/Schörnig 2002: S. 14.
[18] PCA, Art. 107, a.a.O.

An anderer Stelle werden eben jene Verpflichtungen dann unter direktem Bezug auf den oben zitierten Artikel konkretisiert:

> „The Parties declare that the inclusion in the Agreement of the reference to the respect for human rights constituting an essential element of the Agreement and to cases of special urgency flows from (…) the attachment of both Parties to the relevant obligations, arising in particular from the Helsinki Final Act and the Charter of Paris for a new Europe."[19]

Seit dem Inkrafttreten der Vereinbarung hat sich bisher aber keine der Vertragsparteien auf diese Bestimmungen berufen. Nichtsdestoweniger bewies die EU durch das Aussetzen des Ratifizierungsprozesses aus Protest gegen den ersten Tschetschenienkrieg, dass die Verpflichtung auf die Achtung der Menschenrechte für sie mehr als nur eine hohle Phrase ist. Das PKA konnte dadurch erst am 1. Dezember 1997 offiziell in Kraft treten.

Der technokratische und von wirtschaftspolitischen Elementen bestimmte Charakter des PKA erklärt sich zweitens durch das übergeordnete Ziel, das beide Seiten mit dieser Zusammenarbeit verfolgen, verbunden mit der Erwartung, auf diesem Gebiet auch die schnellsten Fortschritte erzielen zu können:

> "to create the necessary conditions for the future establishment of a free trade area between the Community and Russia covering substantially all trade in goods between them, as well as conditions for bringing about freedom of establishment of companies, of cross-border trade in services and of capital movements."[20]

Es ist daher nur logisch, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Modernisierung Russlands als dringendstes und unter den bestehenden Rahmenbedingungen auch mittelfristig realisierbares Projekt den Kern des PKA ausmachen, während die langfristig aufzubauende außen- und sicherheitspolitische Kooperation, zu der insbesondere der EU 1994 noch das nötige Profil und Instrumentarium fehlte, dahinter zurücktreten.[21] Dass ein permanenter Konsultationsmechanismus auf hoher politischer Ebene daher nicht Teil des Abkommens wurde, sollte sich als nicht unproblematische Konsequenz seines überwiegend technischen Charakters erweisen, denn die Regeln des PKA beinhalten selbst keine Regelungs- oder Konsultationsmechanismen in Fällen kollidierender Interessen.[22] Abgesehen von den Fällen schwerwiegender Differenzen in sensiblen (sicherheits-)politischen Fragen (wie z.B. Tschetschenien, Erweiterung von NATO und EU), die sich natürlich auch auf die Zusammenarbeit im Rahmen des PKA auswirken, gab es und gibt es auch in den Kernbereichen des PKA selbst (Handel, Finanzen und technische Unterstützung), von Beginn an Fälle von inkompatiblen Inte-

---

[19] "Joint Declaration in Relation to Articles 2 and 107", in: PCA, a.a.O., S. 164.
[20] PCA, Art. 1, a.a.O.
[21] Vgl. Gowan 2000: S. 9; Forsberg 2002: S. 89. In den Konzepten der EU dürften nicht zuletzt die eigenen überaus positiven Erfahrungen mit spill over Effekten eine Rolle gespielt haben. Die neofunktionalistsiche Logik, die bedingt durch die eigene Geschichte der EU heute eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die politische Elite der EU hat, würde ausgehend vom PKA auch Fortschritte in der (sicherheits-)politischen Zusammenarbeit für die Zukunft erwarten lassen.
[22] Vgl. Pinder/Shishkov 2002: S. 74.

ressen der Vertragsparteien.[23] Langfristig betrachtet gibt es dennoch auch Grund zu der Annahme, dass die mit dem PKA institutionalisierten Kooperationskanäle auf der administrativ-ökonomischen Ebene eine gewisse Wirkung auf die Wahrnehmung der EU in Russland insgesamt hatten und so isolationistischen bzw. anti-westlichen Ideologien vorgebeugt haben.[24]

Nach den mit dem Inkrafttreten des PKA verbundenen hohen Erwartungen auf beiden Seiten bedeutete die Wirtschafts- und Finanzkrise in Russland im August 1998, in deren Folge auch das Währungssystem zusammenbrach und der russische Rubel rapide an Wert verlor, einen schweren Rückschlag für die Beziehungen. Enttäuschungen über die offensichtlich unzureichenden Fortschritte bei der Modernisierung der russischen Wirtschaft mischten sich auf Seiten der EU mit Ratlosigkeit.[25] Auf russischer Seite verbuchte man als Ergebnis der Krise eine Erschütterung des Glaubens and die Marktwirtschaft wie auch an den Sinn der Kooperation mit dem Westen insgesamt.

In diese Zeit fällt der kometenhafte Aufstieg des Wladimir Wladimirowitsch Putin.[26] Im Juli 1998 wurde er Direktor des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, wenig später, im März 1999 übernahm er den Vorsitz des außenpolitisch einflussreichen Sicherheitsrates. In dieser Funktion zeichnete er auch verantwortlich für die Ausarbeitung mehrerer außen- und sicherheitspolitischer Grundsatzdokumente (vgl. Kap. 4.1.2.2ff.). Im August 1999 übernahm Putin schließlich den Regierungsvorsitz und keine sechs Monate später, am 31.12.1999, übertrug ihm Jelzin das Amt des Präsidenten. Der Wechsel von Jelzin zu Putin im höchsten Staatsamt stellte eine Zäsur in mehrfacher Hinsicht, aber für die EU-Russland Beziehungen im Besonderen dar. Unabhängige Beobachter der russischen Außenpolitik kommen diesbezüglich zu dem eindeutigen Urteil, dass die EU-Russland Beziehungen unter Putin zweifellos einen neuen und höheren Stellenwert einnahmen.[27] Wie aber Putins neue Politik gegenüber der EU im Einzelnen einzuschätzen ist, welche Ziele diese Politik langfristig verfolgt und welche Chancen und Risiken sich für die EU aus dem erklärten neuen Interesse Russlands an Europa ergeben, geht daraus noch lange nicht hervor.

Die EU-Russland Beziehungen wurden in den Jahren zwischen Kosovo und Irak-Krieg nicht zuletzt durch die Ereignisse und Entwicklungen im Zusammenhang mit der letzten Erweiterungsrunde der EU entscheidend geprägt. Am 31. März 1998 nahm die EU die Beitrittsverhandlungen mit Zypern, der Tschechischen Republik, Estland, Un-

---

[23] Vgl. ebd., S. 74-93. Die Spannbreite reicht vom Streit über russische Importverbote für EU-Fleisch („drohender Handelskrieg zwischen der EU und Russland", in: Handelsblatt Nr. 109 vom 8. Juni 2004, S. 5) bis zur anheltenden Kritik an der von der EU als unzureichend angemahnten Liberalisierung wichtiger Wirtschaftszweige („Putin hält Wirtschaft in eisernem Griff", in: Financial Times Deutschland, 10. August 2004, S. 11); Roland Götz zufolge liegt eine Ursache für die zähe und unvollständige Umsetzung des PKA darin, dass eben diese Differenzen in den Zielsetzungen lange Zeit nicht genügend offengelegt wurden (vgl. Götz 2003: S. 1526).
[24] Vgl. Schulze 2001: S. 443.
[25] Löwenhardt 2000: S. 167.
[26] Vgl. zum Lebenslauf und zur Person Putins detailliert Seiffert 2000: S. 31-65.
[27] Vgl. u.a. Lynch 2003a: S. 62; Gowan 2000: S. 1, 21.